

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der wöchl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst
für den Abonnenten mit Post und Transportkosten monatlich 1.00 Mk.
für den Abonnenten mit Post und Transportkosten vierteljährlich 2.75 Mk.
für den Abonnenten mit Post und Transportkosten halbjährlich 5.25 Mk.
für den Abonnenten mit Post und Transportkosten jährlich 10.00 Mk.
Erscheinungstage: Montag bis Samstag, außer an Feiertagen.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Gr. Zwingerstraße 14, Tel. 1769.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden der 6spaltigen Zeitspalt mit 80 Pf. berechnet, bei dreimonatiger
Wiederholung nach Rabatt gewährt. Vereinstanzeigen 25 Pf. Interests müssen
bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im
Voranz zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 35.

Dresden, Montag den 12. Februar 1912.

23. Jahrg.

Freie Bahn!

Wenn die schwarzblauen Mächte geglaubt haben, mit dem Verzicht Spahns auf den Präsidentenposten einen geschickten Schwachsinn gemacht zu haben, so irren sie sich. Nicht nur die Nationalliberalen aus den Vorgängen der ersten Reichstagsperiode schöpfen und ein wenig Entschlossenheit aufweisen, dann wird nimmermehr die Bahn frei für das, was am meisten not tut in der Reichspolitik. Es wird immer geschrien zwischen Rechts und Links und es eröffnet sich die Möglichkeit einer einigermaßen fortschreitenden Politik für eine Anzahl von bedeutsamen Problemen des deutschen Lebens.

Die Gründe für den Verzicht des Zentrumsführers Spahn auf den Präsidentenposten sind leicht zu erkennen. Der wahre Grund ist natürlich nicht der, den das Blatt seiner Partei, die Germania, vorzutischen sucht. Die Germania sucht es so darzustellen, als ob das Zentrum nicht mit einem republikanischen Sozialdemokraten im Präsidium sitzen könne. Die republikanischen Überzeugungen der Sozialdemokratie haben, wie bekannt, das Zentrum niemals gehindert, mit ihr Abmachungen zu treffen, was viel mehr bezeugt, als mit einem Sozialdemokraten im Präsidium zu antworten. Arbeiten doch die Zentrumsbanner auch sonst in den verschiedensten Kommissionen und Körperlichkeiten in denen Sozialdemokraten den Vortritt haben. Die monarchische Bestimmung, die jetzt von den Schwarzen aufgedrückt dem Reich vorgelegt wird, ist ihnen natürlich nicht liebergewonnen, sondern man glaubt, auf diese Art ein besseres politisches Gesicht zu machen, die besonderen Parteinteressen zu fördern und vor allem gewisse persönliche Vorteile zu erlangen.

Wie verlautet, will Herr Spahn in dem Schreiben, durch das er dem Reichstag den Verzicht anzeigt, von jeder Erklärung seiner Gründe absehen. Das entspricht der Vorsicht der schlaun Leute, die sich nicht festlegen möchten. Herr Dr. Ewald verlor sich ursprünglich auch überhaupt nicht die Mühe, auf das würdevolle Amt des Reichstagspräsidenten zu verzichten. Er erklärte nach der Wahl der Reichstagspräsidenten, daß er dem Kaiser die Krone über die erhaltene Konstitution des Reichstages machen werde. Es ist uns ferner bekannt, daß er sich gegen seinen eigenen Scheidemann sehr heftig ausgesprochen hat, als dieser ihm auf seine Anfrage sagte, die Verfassung, die Sozialdemokratie würde dem Zentrumsvorsitzenden in seiner Amtsführung Schwierigkeiten bereiten, sei durchaus nicht gerechtfertigt. Dr. Spahn ist erst später von anderer Seite zum Verzicht gedrängt worden. Dabei hat gewiß zum Teil die Unsicherheit mitgewirkt, ob Spahn bei der endgültigen Wahl nach vier Wochen wieder eine Mehrheit erhalten würde. Die Hauptgründe aber liegen darin, daß die bei der Präsidentenwahl völlig beherrschten Konservativen voll Mut in das Zentrum eintraten, es hätte sich auf keinen Fall in ein Präsidium mit Liberalen und Sozialdemokraten einlassen. Das Zentrum will sich von den Konservativen nicht trennen. Schwarz und blau soll ruhig gestellt beisammen bleiben. Der Verzicht Spahns deutet auf die Konzentration der reaktionären Kräfte: Wenn in Bayern der Sieg der Liberalen und Sozialdemokraten dazu führte, daß ein kühner Wühler, v. Hertling zur Rettung des Staates und der Ordnung berufen wird, so soll auch in der Reichsverfassung der Zusammenschluß der reaktionären Kräfte nicht durch ein Zusammenarbeiten des Präsidenten aus dem Zentrum mit Liberalen und Sozialdemokraten durchkreuzt werden.

Der Sozialdemokratie ist dieser Lauf der Dinge durchaus willkommen. Es war nicht unsere Absicht, das Zentrum auszuhalten. Aber wenn es sich selbst ausschaltet, um so besser!

Die Nationalliberalen müssen nun ohne Zögern die Konsequenzen aus der jetzigen Lage ziehen. Sie müssen sich von den Reichstagen derer, die sie zurück zu den Konservativen und zum Zentrum treiben, entschieden loslagern. Tatsächlich gibt es für sie jetzt auch kein Zurück mehr, wenn sie sich nicht vollständig lächerlich und unmöglich machen wollen. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß die neue Präsidentenwahl das Linkspräsidium bringen wird, das der Volksabstimmung bei den Wahlen einigermaßen richtigen Ausdruck gibt.

Wenn Liberale und Sozialdemokratie fest zugreifen! Wären sie das Präsidium bilden und gemeinsam gegen alle Angriffe der Reaktionäre, die sich sicherlich in Überfülle einstellen werden, kämpfen! Und vor allem: vorwärts zu marschieren!

Eine Schwierigkeit

Es liegt aus dem Umstande, daß jetzt die Nationalliberalen den Präsidenten stellen sollen, während einer von ihnen schon im Wahldium sitzt. Entweder muß jetzt Paasche an die erste Stelle rücken oder er muß zurücktreten, um für Schönau-Carolath als Präsidenten und Herrn Raempf als Vizepräsidenten Platz zu machen. Die Lösung dieser Personfrage wird für die Nationalliberalen schwierig sein. Einen Ausweg möchte der Vorschlag bieten, den Präsidenten nicht der Nationalliberalen, sondern der Fortschrittspartei zu entnehmen, die in Herrn v. Payer einen trefflich geeigneten Kandidaten hätte. Dies sind jedoch Fragen, die die Liberalen unter sich auszu-

machen haben. Die sozialdemokratische Fraktion wird ihnen, gleichgültig auf welche Personen ihre Wahl fällt, bei der Bildung eines Präsidiums der Linken beifällig sein und das Ihre tun, um die Ordnung des Hauses gegen die zu erwartenden Störungsvorwürfe der Schwarzblauen zu schützen.

Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß Herr Paasche der Erfolge sein wird. Prinz Schönau-Carolath genießt im Reichstag persönliche Beliebtheit, doch wird vielfach bezweifelt, ob er die zur Leitung der Präsidialgeschäfte nötige Energie besitzt, die doppelt nötig sein wird angesichts der sich zu erwartenden Störungen durch die schwarzblauen Minderheiten. In einer so kritischen Situation einen Neuling auf den ersten Präsidentenposten zu stellen, dünkt vielen Liberalen mit Recht ein äußerst gewagtes Unternehmen. Herr Paasche aber, der sonst sicher nicht unser Freund ist und der auch anderwärts auf dem Kirchhof hat, ist als Präsident jedenfalls klüger als Prinz Schönau und der fortschrittliche Herr Raempf zusammen.

Schwarzblau hege gegen die Liberalen.

In der schwarzblauen Presse erhebt sich eine wilde Hege, die sich viel mehr gegen die Liberalen als gegen die Sozialdemokratie richtet. Weil die Liberalen sich nicht darauf eingelassen haben, als Anhänger der Schwarzblauen das Wahlergebnis des 12. Januar zu fälschen, weil sie sogar einen Sozialdemokraten zum Vizepräsidenten gewählt und zum Teil ihre Stimmen für Vebel als Präsidenten abgegeben haben, darum wird Vebel und Schewel über sie ausgegossen. Die Nationalliberalen müssen es nun erleben, daß sie, die sich stets am allermeisten über „nationalen und monarchischen Geistes“ gebildet haben, kurzweg zu den „Antinationalen“ und „Heiden der Monarchie“ geworden werden. Wir sind nun glücklich so weit, daß es in Deutschland überhaupt keine „nationale Partei“ mehr gibt! Die Sozialdemokraten sind „vaterlandslos“. Die Fortschrittler sind nach Wilhelms Zeugnis „Reichsfeinde“. Das Zentrum ist gleichfalls von den Nationalliberalen oft genug als „nicht national“ bezeichnet worden. Die Konservativen haben nach Wilhelms Wort „ein finisches Spiel mit den Interessen des Reiches“ getrieben. Und nun sind auch die Nationalliberalen „antinational“. Schließlich werden also wohl doch die Sozialdemokraten die einzigen wirklichen Vaterlandsfreunde sein!

In der schwarzblauen Hege gegen die Liberalen spielt eine besondere Rolle ein Blatt, das man aus einer Rede Scheidemanns vom 10. Dezember 1909 ausgegraben hat. Scheidemann habe gesagt: „Ich kenne die preussische Geschichte gut genug, um zu wissen, daß der Wortbruch sojugalen zu den erhabensten Traditionen des in Preußen regierenden Hauses gehört.“ Darob tobt Herr Dertel in der Deutschen Tageszeitung:

„Einen Menschen, der eine solche Äußerung machte, die jedem Patrioten die Rute des Hornes auf die Wangen treibt, zum Vizepräsidenten des Deutschen Reichstages zu wählen, das ist wohl das härteste Urteil, das seit der Gründung des Reiches im Parteileben vorgekommen ist. Die nationalliberale Partei hat damit den Anspruch vertrieben, zu den wirklich nationalen Parteien gezählt zu werden. Wir begnügen uns mit dieser Konstatierung, da uns jedes einigermassen parlamentarisch zulässige Wort steht, um das Vorgehen näher zu charakterisieren. ... Vorläufige liegt Scheidemann nach der Antinationalität Spahns an der Spitze des Deutschen Reichstages. Wahrhaftig ein prächtiger Triumph des bürgerlichen Liberalismus. Wir haben's wirklich herzlich weit gebracht.“

Der Reichsbote stößt mit Macht in dasselbe Horn: „Die Wahl eines Mannes wie Scheidemann ist auch infolgedessen von besonderer Bedeutung, als sie ein persönlicher Schimpf für unser Kaiserhaus ist. Ein Veleidiger unseres Kaiserhauses soll dem Deutschen Reichstag als Präsidenten? Die Antwort aller nationalen Kreise wird nicht ausbleiben. Und auch die Berechnung mit den Männern des Großblocks nicht.“

Auch die Post, die erst vor ein paar Monaten Wilhelm II. wirklich unbedeutendweise „un timide, un vaillant soldat“, einen Kengstling und feigen Kaulaufreier, geschimpft hatte, weil er den Krieg mit Frankreich und England nicht wollte, regt sich jetzt komischerweise darüber auf, daß zahlreiche Nationalliberale bei der Präsidentenwahl für Vebel gestimmt haben.

Auch die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, das Blatt des Reichskanzlers, übernimmt das Blatt aus der Rede Scheidemanns. Sie bemerkt allerdings kein Wort dazu. Sie weiß vielleicht, in welchen Zusammenhängen das Wort Scheidemanns gefallen ist. Scheidemann befragt die preussische Reichstagsfrage, er erinnerte an die im Oktober 1908 in der preussischen Thronrede gegebene Erklärung, daß die Reform des preussischen Wahlrechts zu den wichtigsten Aufgaben der Gegenwart gehöre, und er beklagte, daß der Ministerpräsident v. Veltmann-Hollweg nicht das nötige tue, um das förmliche Verprechen durchzuführen. Der Vorwärts sagt daher mit Recht, daß Herr v. Veltmann-Hollweg es ist, „der durch die fortwährende Hinausschiebung der in der Thronrede versprochenen preussischen Wahlreform unseren Genossen zu der Neuerung verleitet hat“.

Das Marokkoabkommen.

Nach langen Debatten hat der französische Senat am Sonntagabend das deutsch-französische Abkommen mit 213 gegen 42 Stimmen angenommen. 38 Senatoren enthielten sich der Abstimmung. Damit hat der deutsch-französische Marokkostreit des letzten Sommers seinen Abbruch erlangt. Das nichtbedeutendste aber dieser leidigen Kolonialkrieg für die beteiligten Völker noch manderlei Streitfragen und bedrohliche Folgen bringen wird, haben auch diese Senatsdebatten bewiesen. Ueber den letzten Verhandlungstag wird gemeldet:

Paris, 10. Februar. Bei der heutigen Debatte über das deutsch-französische Abkommen führte Ministerpräsident Poincaré aus, daß Frankreich seine Interessen am Mittelmeer mit Italien und Spanien geregelt habe, und daß es dann notwendig gewesen sei, sich mit Deutschland zu verständigen. Der Vertrag von 1911 sei von der Regierung Wort für Wort geprüft worden, und sie sei einmütig der Ansicht gewesen, daß er angenommen werden könne. Das französische Gebiet in vollem Frieden unter fremde Herrschaft gelangt, ist ein Schmerz für alle Franzosen und ein besonders empfindlicher Schmerz für die französischen Kolonialisten, die der Regierung angehören. Diese erkennen den Wert der abgetretenen Gebiete im Marokko, machen aber die Beobachtung, daß die deutschen Kolonialisten nicht damit zufrieden sind, was sie erhalten haben. (Bewegung.) Wir geben Realitäten auf, um Hoffnungen zu erlangen. Wir haben wegen der Hölle, von denen gesprochen wurde, keine ersten Schwierigkeiten zu erwarten; diese Landstreifen sind von französischem Gebiet umgeben. Poincaré bemerkte, daß das Verbot für Frankreich sich auf Belgisch-Kongo beziehen bleibe, und daß dieses Recht im übrigen unabzerrbar sei. Das Abkommen habe den Vorteil, Frankreich von der Verpflichtung zu befreien, die deutsch-französischen Hospitalgesellschaften zu unterstützen. Die Regierung werde diese Gesellschaften gerne begünstigen, aber sie sei nicht mehr dazu verpflichtet. Das sei eine sehr wichtige Erleichterung. Deutschland werde Frankreich politische Schwierigkeiten hin nicht bekämpfen, der Aktion der Völkerei keine Schwierigkeiten mehr bereiten, die militärische Aktion in Zukunft nicht mehr distanzieren. Frankreichs Freiheit in der Ausübung eines Reformprogramms nicht beeinträchtigen und Frankreichs diplomatisches Recht endgültig anerkennen. Das seien die Ergebnisse, die man gegenwärtig nicht in Abrede stellen könne. Mit Spanien wolle eine Verständigung erzielt werden. Frankreich sei verpflichtet, die wirtschaftliche Gleichberechtigung und die Gleichberechtigung des Handels auszusprechen, es müsse auch der Grundbesitz der offenen Tür gewahrt werden. Die Vorkleinrichtungen, hat man gesagt, werden bestehen bleiben können. Das ist die deutsche Hege, das wird aber nicht die französische Hege bilden. Der Artikel 8 überträgt dem Staat den Dienst der Straßen, Telegraphen usw. Nun, die Vorkleinrichtungen befinden sich unter diesem „usw.“ Die Kosten sind ein öffentlicher Dienst unter demselben Rechtswort wie die Straßen. Es werde von Frankreich abhingen, schließlich ein Regime zu schaffen, das die Konventionen gemäß dem für die Wägen erlassenen Reglement des Jahres 1910. Wenn über einzelne Fragen Meinungsverschiedenheiten entstehen sollten, ist uns durch den Vertrag selbst ein Ausweg geöffnet.

Hierauf ergriff Clemenceau das Wort und erklärte, daß er ebenso wie Poincaré einen ehrenvollen und würdigen Frieden wolle. Die Beweiskraft des Ministerpräsidenten habe ihn nicht überzeugt, aber wenn er gegen das Abkommen stimme, werde er der Regierung sein Vertrauen ausdrücken. (Heiterkeit.) Das Abkommen vom 4. November sei nur eine Tagesarbeit in der marokkanischen Geschichte, eine Art diplomatisches Konstrukt. Inzwischen, im Jahre 1904 und 1911, haben wir den Versuch gemacht, Marokko mit einem Zuge zu nehmen. Im Jahre 1905 hat uns Deutschland die Hand entgegengehalten, im Jahre 1911 haben wir etwas in sie hineingelegt. Clemenceau lobte die Verhandlungen, die unter dem Vorzeichen der Neutralität abgehandelt wurden, und erklärte, daß die Verhandlungen zu führen; er erinnere, daß er die Frage gestellt habe, warum man bei den Unterhandlungen nicht von dem Abkommen des Jahres 1909 gesprochen habe. Clemenceau lobte, daß man die französische Öffentlichkeit von der Debatte ferngehalten habe, bis man wisse, daß es zu spät sei, die Regierung zurückzuführen. Dennoch hätten sich im ganzen Lande alle verstanden. Frankreich sei einzig gewesen und habe den Spahn gesamt gehalten. Er begreife nicht, daß man für die Vorteile in Marokko die Idee der Aufrüstung im Königreich gestiftet habe. Es sei unmöglich, die gegenwärtige Landkarte aufrecht zu erhalten. Clemenceau fuhr fort, er werte daran, daß der Vertrag ein Friedensvertrag sei. Das Interesse der Zivilisation erhebe, daß der vergangene Konflikt ein Ende nehme. Das wird nur möglich sein, wenn der Sieg einwilligen wird, ein Feld der Wägen zu sein. Deutschland ist das nicht. Alle Völker haben ein Recht darauf, sich auszusprechen. Dies hat uns Deutschland nach 1870 und auch später noch verweigert. Es ist gut, daß wir uns von Zeit zu Zeit an diese Dinge erinnern. Seit 1870 hat es uns fünfmal mit Krieg bedroht, ohne daß wir es herausgefunden hätten. Ist es unter solchen Bedingungen möglich, für das Abkommen zu stimmen? Es wäre auf alle Fälle besser gewesen, zu warten, bis man mit Spanien einig ist.

Nach Schluß der Generaldebatte ergriffen noch einzelne Redner das Wort, um ihr Votum zu begründen. Darauf wurde die Abstimmung vorgenommen.

Stimmen der Erleichterung.

Paris, 11. Februar. In den jenseit sehr nachsichtigen Erklärungen, die die Presse der Senatsabstimmung widmet, kommt hauptsächlich das Gefühl der Erleichterung zum Ausdruck darüber, daß diese langwierige Angelegenheit endlich erledigt ist. Die Befreiung der Wägen durch die Hoffnung aus, daß sich nunmehr die politische Lage heben werde. Journal meint: Die Heiligkeit, welche Clemenceau an dem Vertrage ausgesprochen hat, habe nicht an der Abstimmung ändern können. Nun an die Wägen auf den kalten Empfang hin, damit die Gruppe der Linken die Rede Clemenceaus aufnehmen hat. République française weist darauf hin, daß die Politik „L'Union“ kritisiert worden ist.